

„Was wohl im Hammer Staate geschieht mit Deinem Geld.“

Rede zur
Einbringung des Haushaltes
der Stadt Hamm

Hamm, 05. Oktober 2021

Markus Kreuz
Stadtkämmerer

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Besucherinnen und Besucher der heutigen Ratssitzung,
sehr geehrte Damen und Herren der Medien,

Wer seine Stadt will kennen
mit ihrem drum und dran,
darf von dem Bild nicht trennen
den Geld- und Haushaltsplan.

Ihn möcht' ich präsentieren
in leicht verständ'ger Form.
Er möge so verlieren
der „sieben Siegel“ Norm.

Und das Int'resse wecken
an allem Stadtgescheh'n,
zumal Dein Geld hilft decken,
was vielleicht Du nie gesehen.

Zieh drum dies Heft zu Rate,
wenn Unmut Dich befällt:
Was wohl im Hammer Staate
geschieht mit Deinem Geld.

Nein, meine Damen und Herren, diese Zeilen entstanden nicht meiner Feder. Vielmehr formulierte sie im Jahr 1956 einer meiner Vorgänger im Amt des Stadtkämmerers. Allerdings bin ich mir sicher, dass auch heute – 65 Jahre später – diese Worte noch ihre Gültigkeit haben.

Daher auch mein Dank an Michael Fischer aus dem Ratsbüro, der mir dieses wunderbare Heft zur Verfügung gestellt hat.

Übrigens: Die Einnahmen und Ausgaben im 1956er Etat betragen 29.643.000 und 30.128.000 Deutsche Mark (!) mit einem geplanten Defizit von 485.000 DM, sprich ca. 250.000 Euro¹. Eine wunderbare Welt aus heutiger Sicht.

Die Rahmenbedingungen für kommunale Haushalte sind seitdem nicht leichter geworden. Bei der Vorbereitung dieses Haushaltes beschäftigten uns verschiedene große Themen, von denen das beherrschende der vergangenen 1 ½ Jahre allerdings nur eines von vielen ist.

1. Kommunalen Finanzausgleich
2. Steuersätze
3. Konjunktur / Wirtschaft stärken
4. Corona-Auswirkungen managen
5. Investitionsprogramme abwickeln
6. Familien stärken
7. Konzernziele umsetzen und Chancen und Risiken sehen
8. Schuldenentwicklung beobachten

Gerade vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Pandemie auf die wirtschaftliche Entwicklung und damit auf die Ertragsseite der öffentlichen Haushalte müssen wir uns besonderen Herausforderungen stellen.

So sprach die Chef-Volkswirtin der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bereits im Frühjahr davon, dass es für eine Entwarnung für die Kommunen zu früh sei. Vielmehr droht den Kommunal финанzen ein „Long-Covid“. Sind die Städte in 2020 noch mit einem „blauen Auge“ davongekommen, müssen wir die mittel- und langfristigen Folgen derzeit deutlich stärker fürchten.

In Hamm haben wir das Jahr 2020 aus finanzwirtschaftlicher Sicht insgesamt sehr ordentlich bewirtschaftet und einen Jahresüberschuss von 6,6 Mio. Euro erzielen können. Auch dank der umfangreichen Hilfen von Bund und Land. Eine bilanzielle Abgrenzung der letztjährigen Corona-Schäden war ebenfalls nicht erforderlich, so dass wir mit einer guten Basis in das zweite Jahr mit Corona gehen. Die Prognosen für dieses Jahr sehen aber deutlich trüber aus, wie wir seit den Haushaltsplanberatungen im Frühjahr wissen.

¹ nicht preisbereinigt

Haupttreiber für diese Entwicklung sind insbesondere die weggebrochenen Steuereinnahmen. Allein in 2020 fehlten den Städten und Gemeinden bundesweit fast 13 Milliarden Euro und bis 2024 werden die Mindererträge bei 8,4 – 9,8 Milliarden Euro liegen. Pro Jahr.

Das Fehlen dieser Beträge macht sich bemerkbar. Bei einer einfachen Überschlagsrechnung gemäß dem Einwohnerschlüssel fehlen Hamm damit 19,4 Millionen Euro pro Jahr². Ein wenig mehr oder ein wenig weniger.

Dem stehen nach wie vor hohe Bedarfe für Investitionen gegenüber. So geht das DiFu-Institut davon aus, dass alleine die Kommunen einen Investitionsrückstand von 149 Mrd. Euro haben. Besonders betroffen ist davon die Mobilitätsinfrastruktur, die Schulen, die öffentlichen Gebäude, aber beispielsweise auch die Feuerwehr.

Zeitgleich bleibt der finanzielle Druck bei den kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen hoch. Betrag dieser Wert für die kommunale Familie in 2005 „nur“ 35,5 Mrd. Euro, so liegt er heute fast doppelt so hoch bei 64,2 Mrd. Euro. Auch hier zeigt sich das strukturelle Investitionsdefizit der Städte und Gemeinden. Den 64,2 Mrd. Aufwendungen für die sozialen Leistungen stehen lediglich 32,7 Mrd. für die Investitionen gegenüber.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
geföhlt (und auch tatsächlich) hatten wir doch gerade erst Haushaltsplanberatungen. Wie gewohnt haben wir diesen Haushalt nicht nur im geübten hausinternen Planungsprozess mit den Kolleginnen und Kollegen in den Fachämtern und Dezernaten aufgestellt – denen ich bereits an dieser Stelle sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit danke! –, sondern auch eine enge Abstimmung mit der Kommunalaufsicht bei unseren Arbeiten gesucht. Zwei formale, aber für uns relevante Punkte befinden sich noch in der Klärung:

1. Einzel- oder Doppelhaushalt?

Der Oberbürgermeister und ich bringen heute einen Doppelhaushalt für die Jahre 2022 und 2023 sowie für die mittelfristige Planung bis 2026 zur Beratung ein. Aktuell ist noch nicht klar, ob Sie diesen Doppelhaushalt auch beschließen können oder ob wir nach Abschluss der Beratungen nur einen Einzelhaushalt für 2022 mit der mittelfristigen Planung bis 2025 beschließen können.

² Einwohner Hamm 31.12.2019: 179.111, Einwohner Deutschland 31.12.2019: 83,02 Mio., Basis 9 Mrd. Euro

Die Situation erscheint ein bisschen „komisch“. Bereits im Frühjahr haben wir im Haushalt für das Jahr 2021 erstmalig die sogenannte „Coronaschaden-Abgrenzung“ vorgenommen. Damit werden die durch die Pandemie entstehenden und entstandenen Schäden aus dem originären Haushalt herausgerechnet. Das Ergebnis wird entsprechend entlastet, aber nicht die Finanzrechnung. Der Schaden spiegelt sich entsprechend in neuen Krediten und einer höheren Verschuldung wider.

Diese Abgrenzung haben wir im Haushalt – wie vorgegeben – auch bereits für die mittelfristige Planung abgebildet. Sie haben es beschlossen und die Kommunalaufsicht im April dieses Jahres auch genehmigt.

Derzeit ist die Ansicht der Kommunalaufsicht allerdings, dass die Corona-Schäden zwar in die mittelfristige Planung einfließen müssen (!) diese aber immer nur für das nächste Haushaltsjahr genehmigungsfähig sind. Das heißt: Es wären derzeit nur Einzelhaushalte möglich.

Wir haben gegenüber der Kommunalaufsicht daher sehr deutlich gemacht, dass uns an Doppelhaushalten gelegen ist. Insbesondere, da sie uns deutlich mehr Freiheit geben, die hohen Investitionsvolumen, die wir aktuell zur Verfügung haben, auch tatsächlich verausgaben zu können. Einzelhaushalte hemmen diese Freiheit, da durch den jährlichen Genehmigungsprozess die Haushaltsmittel immer erst später im Jahr freigegeben werden.

Im Laufe dieses Monats soll es – angeblich – eine Klarstellung des Landes in dieser Frage geben. Davon wird abhängen, ob wir diesen Doppelhaushalt so beschließen können oder umschwenken müssen. Mit der Bezirksregierung Arnsberg ist dieses Verfahren einvernehmlich besprochen. Auf ihre inhaltlichen Beratungen und auch die spätere Genehmigungsfähigkeit hat dies ausdrücklich keine Auswirkungen.

Meine Damen und Herren,

leider gibt es noch ein weiteres Thema. War das gerade Geschilderte eher technischer Natur, so trifft das Kommende einen empfindlichen Punkt.

2. Die Berechnung der Corona-Schäden³.

Bislang sind die Städte davon ausgegangen, dass die Corona-Schäden immer im Verhältnis zur Vor-Corona-Zeit berechnet werden. Ein Vorgehen, das eine gewisse Logik beinhaltet. Das Land will diesen Punkt noch einmal klarstellen, da es durchaus auch Auffassungen gibt, die als Basis-Jahr immer das Vorjahr der aktuellen Planung sehen. Dieses Vorjahr – also z. B. 2021 für 2022 – würde für uns und viele andere Städte allerdings bedeuten, dass wir gegen ein Haushaltsdefizit im 2-stelligen Millionenbereich anarbeiten müssten und Haushaltssanierungsmaßnahmen zu beschließen wären. Nichts, was wir in der kommunalen Familie für erstrebenswert halten und was sicherlich der falsche Weg ist mit Blick darauf, nach der Pandemie in diesem Land wieder zu starten.

Wir sind daher sehr zuversichtlich, dass sich hier die bisherige und sicherlich auch in der Sache richtige Auffassung weiterhin durchsetzt und Corona-Schäden auf der Basis der Zeit vor Corona berechnet werden müssen.

Aber, meine Damen und Herren,

ist es eigentlich realistisch, dass wir den Haushaltsausgleich auch in Pandemie-Zeiten halten? Ich denke ja. Wenn auch mit einem „aber“.

Wie bereits erwähnt, haben wir im vergangenen Jahr 2020 einen Überschuss von 6,6 Mio. Euro erwirtschaftet. Unser Eigenkapital haben wir leicht auf 141,7 Mio. Euro steigern können. Bewertungsrisiken in den städtischen Beteiligungen konnten wir um 3,4 Mio. Euro minimieren und alle unsere künftigen Lasten aus Rückstellungen und Abschreibungen erwirtschaften. Die gesunden Jahre – nicht zu verwechseln mit reichen Jahren – seit 2016 konnten wir damit erfolgreich fortsetzen.

³ Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte in NRW

Das städtische Eigenkapital stieg seit 2016 auf nunmehr fast 142 Mio. Euro und bedeutet eine stabile Eigenkapitalquote von 9%, die für uns nach wie vor eine gute Verhandlungsbasis an den Kapitalmärkten darstellt.

Unter Berücksichtigung der prognostizierten Corona-Schäden wird das Eigenkapital zunächst bis 2025 stabil bleiben. Ohne diese Möglichkeit wären wir absehbar überschuldet. Danach kündigen sich aktuell zwei Effekte an, die die bisher solide Eigenkapitalausstattung signifikant bedrohen:

1. Im Jahr 2026 – dem letzten Jahr der mittelfristigen Planung eines Doppelhaushaltes – ergibt sich nach jetzigem Planungsstand und ohne die Möglichkeit, die Corona-Schäden auch weiterhin abgrenzen zu können, ein laufender Fehlbetrag von 34 Mio. Euro. Dieser müsste nach heutigem Stand aus der Rücklage bedient werden und würde das Eigenkapital deutlich reduzieren.
2. Nach dem Jahr 2025 müssen die bis dahin tatsächlich aufgelaufenen und kumulierten Corona-Schäden aufgelöst werden. Entweder ganz oder teilweise sofort gegen das Eigenkapital oder über einen Zeitraum von bis zu 50 Jahren über die Abschreibungen. Bei einem drohenden summierten Corona-Schaden in Höhe von 236,5 Mio. Euro bedeuten beide Wege eine weitere Reduzierung des Eigenkapitals oder gar Überschuldung und / oder eine dauerhafte Belastung der Jahresergebnisse über die Abschreibungen.

Im heute eingebrachten Haushalt gehen wir von weiter steigenden Haushaltsvolumina aus. Nach 826 Mio. Euro in diesem Jahr werden die Aufwendungen und Erträge bis 2026 über 900 Mio. Euro pro Jahr anwachsen. Die Finanzrechnung wird voraussichtlich bereits in diesem Jahr die „magische“ Grenze von 1 Mrd. Euro Volumen pro Haushaltsjahr überschreiten und auf einem Niveau von ca. 1,1 Mrd. Euro in den kommenden Jahren verbleiben. Auch hier erleben wir seit einigen Jahren ein deutlich gestiegenes Volumen an Ein- und Auszahlungen, was sich in vielen Projekten, Maßnahmen und Ideen für die Stadt widerspiegelt. Dies zieht allerdings einen deutlich erhöhten Arbeitsaufwand in den Fachabteilungen, der Stadtkasse und dem Finanzbereich insgesamt nach sich zieht.

Bei diesen großen Beträgen sei am Rande angemerkt, dass 65 Jahre nachdem das Gedicht meines Amtsvorgängers entstanden ist, die heutigen Einzahlungen und Auszahlungen ziemlich genau beim 65-fachen des Haushaltes des Jahres 1956 liegen.

Meine Damen und Herren,

die beste Nachricht vorab: Die Ergebnisplanung kann auch weiterhin ausgeglichen werden. In 2022 gehen wir von einem Plus von etwas mehr als 600.000 Euro aus. In den Folgejahren liegen die Überschüsse zwischen 65.000 und 115.000 Euro. Üppig ist sicherlich anders. Im Jahr 2026 – also am Ende der mittelfristigen Planung – würden wir derzeit ein Defizit von über 34 Mio. Euro ausweisen, da die Corona-Schäden nur bis 2025 abgegrenzt werden können.

Wie gerade geschildert, sehen wir am nicht so fernen Horizont bereits Unheil im Haushalt aufziehen. Ohne die so oft angekündigten strukturellen Finanzhilfen von Bund und Land – bei denen auch echtes Geld fließt – sind die künftigen Haushaltsprobleme am Horizont schon mehr als deutlich zu sehen. Die übergeordneten staatlichen Ebenen müssen handeln und den Kommunen helfen, bevor es zu spät ist.

Zu den großen Aufwandspositionen gehören der Personalbereich, der in 2022 auf 178 Mio. Euro ansteigt. Das bedeutet einen Zuwachs von ca. 10 Mio. gegenüber 2021 und 17 Mio. gegenüber 2020. Bei der Entwicklung der Sachaufwendungen lässt sich in den kommenden Jahren eine stabile Seitwärtsbewegung erkennen, nach einem deutlichen Anstieg von 15 Mio. Euro zwischen den Jahren 2020 und 2021.

Der größte Aufwandsblock des Haushaltes bleibt auch weiterhin der Bereich Soziales, Jugend und Schule. Dieser macht alleine fast 60% des gesamten Haushaltsvolumens aus. Der Sozialbereich ist mit 248 Mio. Euro dabei der Größte, gefolgt vom 184 Mio. Euro schweren Jugendbereich. Danach folgt mit ebenfalls stolzen 56 Mio. der Schulbereich. Der Aufwuchs der Aufwendungen erfolgt trotz der strukturellen Entlastung bei den „Kosten der Unterkunft“, die bei uns im Jahr mit ca. 11 Mio. Euro positiv zu Buche schlagen.

Den Steigerungen bei den Aufwendungen stehen weiterhin niedrige Erträge bei den zentralen Finanzen gegenüber. Insgesamt ist zu beobachten, dass die Steuerkraft des Vor-Corona-Niveaus frühestens 2022 bei der Gewerbesteuer wieder erreicht sein wird. Die Schlüsselzuweisungen bleiben auch in den kommenden Jahren deutlich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Zeitgleich steigen die Zuweisungen, z. B. für den LWL, weiter von Jahr zu Jahr. Die Anteile an der Einkommensteuer sind der aktuell einzige Lichtblick, da diese bereits in 2022 über dem Niveau von 2019 liegen sollen. Leider sieht es bei der Umsatzsteuer und der Vergnügungssteuer schon wieder genau umgekehrt aus.

Wenn wir zwischen 2023 und 2024 dann hoffentlich das Einnahmenniveau von 2019 wieder erreicht haben, werden wir nahezu vier Jahre und viel Geld verloren haben, das dem Gestaltungswunsch dieser Stadt sehr gutgetan hätte.

Und trotzdem, meine Damen und Herren, liegen auch hier Licht und Schatten nah beieinander: 70 Millionen Euro beträgt das Investitionsniveau in 2022, und fast 66 Millionen in 2023. Bis einschließlich 2026 bleiben die Investitionsniveaus immer höher als in den ersten Jahren des letzten Jahrzehnts. Dies ist vor allem möglich dank der deutlichen Stärkung des Investitionshaushaltes, den dieser Rat im Frühjahr beschlossen hat.

Die Investitionen wurden wieder auf das Niveau von 100% der ordentlichen Tilgung heraufgesetzt, aus den Zuweisungen für die Stadtentwicklungsgesellschaft werden jedes Jahr 2,5 Mio. Euro für Investitionen in den Bereichen Schule und Jugend umgesteuert und durch die Erhöhung der aktivierbaren Eigenleistungen im investiven Bereich erreichen wir ein Mehr an Investitionen seit dem laufenden Jahr von 10 Mio. Euro jährlich. Eine deutliche und notwendige Erhöhung der investiven Tätigkeit der Stadt.

Der Schwerpunkt dieses Haushaltsentwurfs spiegelt sich im investiven Bereich daher auch bei den Schulen wider: 33,4 Mio. Euro sollen alleine in dieselbigen fließen. Weitere knapp 30 Millionen für die kommunale Infrastruktur und nahezu 15 Mio. für die Feuerwehr. Der mögliche Neubau einer Wache für den in den vergangenen Jahren stetig gewachsenen Rettungsdienst an der Hafenstraße ist hier natürlich noch nicht eingerechnet, da die Verhandlungen mit den Kostenträgern noch nicht abgeschlossen sind.

Aber, meine Damen und Herren, trotz dieser uneingeschränkt guten Nachrichten müssen wir ein wachsames Auge auf den Investitionsbereich haben. Durch die Erhöhung der Investitionsmittel und die vielen bekannten Konjunkturprogramme der vergangenen Jahre arbeiten die Dezernate mit den höchsten Investitionen häufig an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und auch darüber hinaus. Zusätzliche personelle Ressourcen werden bereits eingesetzt, um die Leistungsfähigkeit und auch -bereitschaft weiter hoch zu halten und die vielen Projekte der kommenden Jahre in bewährt guter Qualität abarbeiten zu können.

Ferner lässt sich seit einigen Jahren bereits nicht übersehen, dass die nominal steigende Investitionskraft der Stadt Hamm durch die Inflation absolut ausgebremst wird. Besonders in diesem Jahr haben wir gemerkt, dass die Inflationsraten wieder über alle Güter deutlich steigen. Branchenbezogen sehen wir diesen Effekt schon länger im Bau, bei Immobilien und auch im Energiebereich. Allein bei einer dauerhaften Inflation von 3%, und damit deutlich über der Zielmarke der Europäischen Zentralbank, würde sich ein nominaler Wertverlust von fast 25% bei den städtischen Investitionen in diesem Jahrzehnt ergeben.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,
mein bereits gelobter Vorgänger aus dem Jahre 1956 lebte in einer Zeit, in der vom „Juliusturm“⁴ gesprochen wurde. Als „Juliusturm“ wurden in der jungen Bundesrepublik in den Jahren 1953 – 1957 die thesaurierten, also die einbehaltenen, Überschüsse des Bundeshaushaltes bezeichnet. Diese betragen damals übrigens 8 Mrd. Deutsche Mark.

Einen Juliusturm mit ein paar Notgroschen kann ich aber genauso wenig bieten wie mein Kollege vor 65 Jahren oder auch so ziemlich jede andere Stadt in diesem Land. Hamm war nie reich. Dafür kann sich aber unsere Entschuldung in den vergangenen Jahren sehen lassen: Die Investitionskredite sind gesunken auf 177 Mio. Euro und die Liquiditätskredite auf nur noch 74 Mio. Euro. Mein Kollege im Jahr 1956 hatte übrigens 18,7 Mio. DM an Schulden

⁴ Als Juliusturm wurden die in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1953–1957 thesaurierten Überschüsse des Bundeshaushaltes bezeichnet.

Eine volle Staatskasse wird oft als „Juliusturm“ bezeichnet. Diese Redewendung bezieht sich auf einen ca. 32 Meter hohen Wehrturm der Zitadelle Spandau im Berliner Ortsteil Haselhorst. Die Namensgebung ist nicht eindeutig: Zum einen könnte der Name einem Besuch von Herzog Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel (1528–1589) zu verdanken sein. Andererseits verlieh Markgraf Ludwig der Römer 1356 seinem Kammerknecht Fritz das Thurm Amt zu Spandau. Da Fritz Jude war, hieß der Turm fortan Judenturm. Aus dieser Bezeichnung könnte sich der Name Juliusturm, wie er seit 1400 genannt wurde, entwickelt haben.

Im 19. Jahrhundert wurde der Juliusturm in ganz Deutschland zu einem Begriff. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg (1870/1871) hatte das geschlagene Frankreich eine Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Francs (rund 4,5 Milliarden Mark; etwa das Dreifache des in Deutschland damals vorhandenen Bargelds) an Deutschland zu zahlen. Ein Teil dieses Reichskriegsschatzes, 120 Millionen Mark (kaufkraftbereinigt in heutiger Währung: rund 661,6 Millionen Euro) in gemünztem Gold, war bis 1914 im Juliusturm eingelagert. So wurde das Bauwerk für Finanzpolitiker bis heute zum Synonym für einen Überschuss der Staatskassen.

Seit 1945 ist es nur einem einzigen Finanzminister gelungen, einen „Juliusturm“ zusammenzusparen: Unter der Regierung Adenauer schaffte es Fritz Schäffer, acht Milliarden Mark (kaufkraftbereinigt heute rund 19,54 Milliarden Euro) auf die „hohe Kante“ zu legen.

Quelle: Wikipedia, 29.09.2021, 13:00 Uhr

zu bewirtschaften, von denen sogar 7,7 Mio. DM für das Vermögen der Stadtwerke aufgenommen waren. Goldene Zeiten.

Der Ausblick auf die Verschuldung in den kommenden Jahren wäre eigentlich ausschließlich positiv. Die Investitionskredite können weiterhin stabil gehalten werden. Bei den Liquiditätskrediten spiegelt sich aber leider der Corona-Schaden wider. Insgesamt ist - ohne Hilfe von Bund und Land – eine Vervierfachung der laufenden Kredite zu befürchten. Dies, meine Damen und Herren, alleine resultierend aus den auflaufenden Corona-Schäden. Es wird also dringend Zeit, dass in Berlin und den Landeshauptstädten dieses Problem angegangen wird. Weggebrochene Steuereinnahmen auf der einen Seite, steigende laufende soziale Leistungen, eine hohe Inflation und ein steigender Schuldenstand auf der anderen Seite sind ein „Cocktail“ der zwangsläufig zu einem ordentlich „Kater“ führen wird.

Nachhaltigkeit betrifft auch die kommunalen Finanzen. Zweimal wurden die Städte bereits im Stich gelassen: Ende der 1990er Jahre und nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008, wo die Hilfen kamen, aber recht spät und – wohlstandshemmend – das Investitionsniveau und den Konsum gedrückt haben. Heute können wir schon absehen, was auf uns zukommt. Wir sind gewarnt im Gegensatz zu den früheren Krisen. Ich hoffe sehr, dass die Kommunen dieses Mal Gehör finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
nachdem wir verwaltungsintern in den vergangenen Monaten unsere Hausaufgaben zur Vorbereitung dieses Haushaltes gemacht haben, dürfen wir Ihnen das Werk heute für die anstehenden Beratungen übergeben.

Bis zur geplanten Beschlussfassung am 14. Dezember bleibt Ihnen somit einiges an Zeit, um diesen Haushalt „lieben“ zu lernen und vielleicht auch an der ein oder anderen Stelle zu schärfen.

Ich habe Ihnen heute eine gemischte finanzielle Lage präsentiert. Manche Unsicherheit, manches formale Verfahren, das nicht wirklich zu verstehen ist. Ebenso haben wir im Haushalt aber auch viele zukunftsweisende Ansatzpunkte, wenn ich an das hohe Investitionsniveau oder die stabilen Steuersätze denke. Auch mit diesem Haushaltsentwurf möchten wir als Verwaltung ein Signal der Stabilität bei dem insgesamt niedrigen Steuerniveau der Stadt Hamm geben. Unsere Grundsteuer liegt in diesem Jahr

beispielsweise ca. 60 Punkte und damit fast 10% unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte in NRW. Das ist ein echter Standortvorteil für Familien und Unternehmen. Und ebendiese Familien finden sich als wichtiger Schwerpunkt auch gestärkt in den verschiedenen fachlichen Haushaltspositionen wieder.

Wenn Ihnen irgendwann in den nun anstehenden Beratungen Zweifel an der Kraft dieses 1,7-Milliarden-Euro-Doppel-Haushaltes kommen, erinnern Sie sich bitte an das anfängliche Zitat von vor 65 Jahren:

Zieh drum dies Heft zu Rate,
wenn Unmut dich befällt:
Was wohl im Hammer Staate
geschieht mit Deinem Geld.

Herzlichen Dank!